



**European Central Bank's Trade Union**

Embargo 6. Juni 2017, 14:00

Frankfurt, den 6. Juni 2017

## **EZB Mitarbeiter und Gewerkschaften rufen auf zur Aktion für ein demokratisches Europa mit wirklicher Solidarität – und ohne Outsourcing in der EZB!**

- Das Outsourcing von kritischen IT Systemen führt zum möglichen Kontrollverlust über entscheidende Daten und Systeme (wir verweisen auf das jüngste Chaos im Flugverkehr)
- Mangelhafte Governance Strukturen zusammen mit nur minimaler Beteiligung von Mitarbeitervertretern führen zu Entscheidungsprozessen und Entscheidungen, die mit der demokratischen Tradition in Europa nicht vereinbar sind, und die die Würde der Mitarbeiter verletzen

Für den 7. Juni 2017, 13:00 Uhr, ruft die EZB-Gewerkschaft IPSO (*International and European Public Services Organisation*), zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund DGB sowie den EU Gewerkschaftsbünden USF und EPSU zu einer Solidaritäts-Aktion für die IT Mitarbeiter und Leiharbeiter der EZB auf. Ziel der Aktion ist es, das Outsourcing von IT Services in der EZB zu stoppen und den fehlenden Respekt der EZB für die Mitbestimmungsrechte von Mitarbeitern anzuprangern. Die Kundgebung wird in direkter Nachbarschaft zur EZB in Frankfurt auf dem Paul-Arnsberg-Platz stattfinden. Von den Organisatoren werden mehr als 200 Teilnehmer für diese Kundgebung erwartet.

IPSO bedauert außerordentlich, dass die EZB seit vielen Jahren Leiharbeiter für ihre ständigen Aufgaben einsetzt. Viele dieser Kollegen haben in der EZB mehr als 5 Jahre und nicht wenige sogar mehr als 10 Jahre gearbeitet, immer jedoch zu schlechteren Bedingungen als ihre EZB Kollegen. Darüber hinaus müssen sie ständig in Sorge um den Verlust ihres Arbeitsplatzes sein. Viele der Leiharbeiter kommen aus Süd- oder Ost-Europa.

Das neue Gesetz der Bundesregierung zur Überlassung von Leiharbeitnehmern macht allerdings eine Fortsetzung des bisherigen Modells der EZB unmöglich. Daher ist es nun der Plan, diese Arbeit auszulagern, wobei auch interne Mitarbeiter betroffen sind, deren Arbeitsinhalte sich deutlich ändern werden – vom IT Spezialisten beispielsweise hin zum Vertragsmanager. Die Jobs von mehr als 120 Kollegen in der IT Abteilung der EZB stehen nun auf dem Spiel. Die EZB hat vor dem Einsatz von Leiharbeitnehmern nie die Mitarbeitervertreter konsultiert, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist. Johannes Priesemann, Präsident von IPSO, stellt fest: „Die EZB wendet das deutsche Gesetz nur teilweise an. Das „Staff Committee“ der EZB, also die Mitarbeitervertretung, kann noch nicht einmal an deutschen oder Europäischen Gerichten gegen die Verletzung von Mitbestimmungsrechten klagen. Es ist völlig inakzeptabel, dass langgediente EZB Mitarbeiter und ihre Leiharbeiter-Kollegen sich nun mit einem riskanten und teuren Outsourcing Projekt konfrontiert sehen.“

**IPSO is the only recognised trade union at the ECB.**

Die Gewerkschaften befürchten, dass dies zu zusätzlichem Druck auf Gehälter, dauerhaft unsicheren Arbeitsplätzen, schlechterem Service sowie höheren Kosten und Risiken für die höchst sensiblen Daten der EZB für die Bankenaufsicht und Geldpolitik führen wird.

Politiker aus Frankfurt (Herr Oberbürgermeister Peter Feldmann), Hessen (Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKE) und des Europäischen Parlaments (Fabio de Masi, European United Left/Nordic Green Left) sowie Gewerkschafter werden die Kundgebung und IPSO's Forderungen unterstützen, das Outsourcing zu stoppen und den betroffenen Kollegen Arbeitsverträge direkt mit der EZB anzubieten.

IPSO wird auch darauf aufmerksam machen, dass der derzeitige Entwurf des Deutschen Arbeitsrechts nicht mit der EU Richtlinie zur Leiharbeit in Einklang steht. Der Vorschlag, den Einsatz von Leiharbeitern für dauerhafte Aufgaben zu erlauben, auf der Basis von wechselnden 9-Monats-Verträgen ohne das Recht auf gleiche Bezahlung, höhlt die EU Richtlinie aus und steht im krassen Gegensatz zu den Prinzipien von Europäischem Recht, das unbefristete Verträge als Standard vorsieht.

IPSO fordert ein Europa gelebter Solidarität und mit Respekt für demokratische Prinzipien, auch und besonders in der EZB und anderen Europäischen Institutionen.

Die Kundgebung soll weiterhin IPSO in den Gesprächen mit der EZB unterstützen.

Für mehr Informationen oder Interview-Wünsche wenden Sie sich bitte an:

Johannes Priesemann (Präsident) - +49 69 13 44 74 38, [johannes.priesemann@ecb.europa.eu](mailto:johannes.priesemann@ecb.europa.eu)

Carlos Bowles (Press Relations) - +49 157 86 84 96 03, [carlos.bowles@ecb.europa.eu](mailto:carlos.bowles@ecb.europa.eu)

IPSO (*International and European Public Services Organisation*) vertritt die Rechte aller Arbeitnehmer, die für die EZB arbeiten, sei es mit direktem Arbeitsvertrag mit der EZB, oder als Leiharbeiter in prekären oder befristeten Arbeitsverhältnissen.

IPSO im Internet: [www.ipso.de](http://www.ipso.de)

**IPSO is the only recognised trade union at the ECB.**